

09.05.2014

Die Mitte **CDU**

**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

wir haben in dieser Woche in erster Lesung umfassende Maßnahmen zur Verminderung des Kostenanstiegs von Strom aus Erneuerbaren Energien, deren weiterer Ausbau gleichzeitig gesichert wird, diskutiert.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält dazu eine Festlegung verbindlicher Ausbaukorridore, einen Abbau von Überförderungen, eine stärkere Marktintegration sowie eine stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage. Die EU-rechtlich vorgegebene Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie hat die Bundesregierung noch in dieser Woche in einem separaten Gesetzentwurf beschlossen. Wir werden dafür sorgen, dass sie im Zusammenhang mit der EEG-Novelle im Bundestag beraten und beschlossen werden können.

Mir als CDU-Bundestagsabgeordnetem war es wichtig, dass Altanlagen einen Bestandsschutz erfahren. Zum Beispiel im Bereich der Eigennutzung von Strom. Zahlreiche Betriebe in meinem Wahlkreis übten zu Recht Kritik, wenn es zu einer Mehrbelastung bestehender Anlagen, die Strom zum Eigenverbrauch produzieren, gekommen wäre. Bereits jetzt ist Strom ein erheblicher Kostenfaktor in der Kostenkalkulation von Produkten. Hier sehe ich eine enorme Gefährdung deutscher Arbeitsplätze, denn es drohen Produktionsverlagerungen ins benachbarte europäische Ausland—dort sind bereits heute die Stromkosten erheblich geringer als bei uns.

Die EEG-Reform muss dafür sorgen, dass sowohl für uns Privatverbraucher als auch für die Unternehmen Strom bezahlbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer



Mehr Geld für Lärmschutz, bessere Radwege und Qualität beim Breitbandausbau

Mehr Investitionen in Infrastruktur halte ich für zwingend notwendig. Allerdings nicht in Form der durch den SPD-Ministerpräsidenten Albig ins Spiel gebrachten zusätzlichen Belastung der Steuerzahler durch eine weitere Abgabe. Im Zuge der Haushaltsberatungen habe ich mich dafür stark gemacht, mehr Geld für Lärmschutz entlang der Bundesfernstraßen und Bahnstrecken, für bessere Radwege entlang der Bundesfernstraßen sowie für den Breitbandausbau bereitzustellen. Mit den insgesamt zusätzlich für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung zu stellenden 36 Millionen Euro sollen bereits begonnene Projekte vollendet und marode Infrastruktur saniert werden. Mit weiteren 20 Millionen Euro und somit insgesamt 80 Millionen Euro wollen wir 2014 das Radwegennetz an Bundesfernstraßen ausbauen. Die Mittel für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen wollen wir maßvoll erhöhen, sodass sie auch verbaut werden können. Viele Bürger in meinem Wahlkreis sind unmittelbar betroffen und leiden unter Lärmbelastungen. Für Um- und Ausbau von Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen (ohne Maut) werden 2014 fünf Millionen Euro zusätzlich und somit insgesamt knapp 199 Millionen zur Verfügung stehen. Außerdem wollen wir die hervorragende Arbeit des Breitbandbüros des Bundes stärker unterstützen und entsprechend den Haushaltsansatz an dieser Stelle um eine Million Euro auf insgesamt drei Millionen Euro 2014 erhöhen. Vor allem die zusätzlichen zehn Millionen Euro, die für Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Bahn bereitgestellt werden sollen, sind wichtig für meinen Wahlkreis. Damit sollen 2014 für diesen Bereich 130 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Entlang der Bahnstrecken Hannover-Bremen und Bremen-Bremerhaven laufen derzeit die Vorbereitungen für die Lärmschutzmaßnahmen.



Büro Berlin:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktion Tatjana Range

Telefon: 030 - 22 77 13 22
E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de